



Rote Woche

Ausgabe 33/2014

Neuigkeiten der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt und aus Berlin



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freunde,

die letzte Sitzungswoche dieses Jahr liegt in ihren letzten Zügen. Am Nachmittag mache ich mich auf in den schönen Nordschwarzwald. Ich freue mich auf die Urlaubs- und Feiertage mit meiner Familie und Freunden. Kraft tanken für ein erfolgreiches Neues Jahr steht auf dem Programm.



In diesem Jahr hat unsere SPD gute Arbeit geleistet: Vor Ort bei den Kommunalwahlen, in der Landesregierung, mit unserem charismatischen Spitzenkandidaten und erneuten EU-Parlaments-Präsidenten Martin Schulz. Und im Bund haben die 193 SPD-Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition eine sozialdemokratische Handschrift verliehen:



Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns ab dem 1. Januar 2015 ist wahrlich ein guter Grund, um sich auf das Neue Jahr zu freuen! Etwa 3,7 Millionen Beschäftigte in Deutschland werden unmittelbar davon profitieren. Für viele bedeutet dies die höchste Gehaltserhöhung ihres Lebens. Das Rentenpaket hat für Millionen Menschen in Deutschland bereits zum 1. Juli Verbesserungen gebracht. Auch die Abschaffung der Optionspflicht bei der doppelten Staatsbürgerschaft, Verbesserungen im BAföG und das ElterngeldPlus sind Verdienste unserer SPD-PolitikerInnen in Berlin.

land bereits zum 1. Juli Verbesserungen gebracht. Auch die Abschaffung der Optionspflicht bei der doppelten Staatsbürgerschaft, Verbesserungen im BAföG und das ElterngeldPlus sind Verdienste unserer SPD-PolitikerInnen in Berlin.

Euch und Euren Familien wünsche ich schöne Weihnachtstage mit Zeit mit- und füreinander, einen guten Rutsch in ein aufregendes Jahr 2015 und viel Erfolg und Freude bei allem, was Euch am Herzen liegt!

Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Mein Team und mich erreichen momentan eine Vielzahl von E-Mails und Telefonaten zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP von besorgten oder gar verärgerten BürgerInnen aus meinem Wahlkreis Calw/ Freudenstadt und dem Kreis Böblingen, den ich als SPD-Abgeordnete ja ebenfalls betreue. Auch Euch GenossInnen beschäftigt das Thema sehr, wie ich in persönlichen Gesprächen und Nachrichten erfahre. Ich möchte daher hier auf den aktuellen Stand der Verhandlungen eingehen:

Durch eine Kampagne der Nichtregierungsorganisation Campact wurde der Eindruck erweckt, am vergangenen Dienstag stünde eine Entscheidung in der SPD-Bundestagsfraktion zu CETA an und der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel wolle dabei Druck auf die SPD-Bundestagsabgeordneten ausüben. Beides ist falsch! Weder hat der Parteivorsitzende in der letzten Fraktionssitzung in irgendeiner Form Druck auf uns Abgeordnete ausgeübt, noch stand eine Entscheidung an. Es bleibt bei dem verabredeten Verfahren, dass der SPD-Bundesparteitag, ersatzweise der Parteikonvent, das letzte Wort zur abschließenden Haltung der SPD zu den einzelnen Abkommen hat.



Im Moment werden die Formulierungen in CETA zwischen den Verhandlungsparteien noch im Einzelnen abgestimmt. Bis circa Mitte des kommenden Jahres erfolgt dann die Übersetzung in die einzelnen Sprachen der Länder der Europäischen Union. Voraussichtlich im Herbst 2015 befasst sich dann der Europäische Rat mit dem Abkommen und dann Anfang 2016 das Europäische Parlament. Lehnt bereits das Europäische Parlament CETA ab, muss sich weder die Bundesregierung im Rat noch der Deutsche Bundestag als nationales Parlament mit CETA beschäftigen. Es ist dann endgültig abgelehnt. Sollte es sich um ein gemischtes Abkommen handeln, werden erst nach einer möglichen Zustimmung des Europäischen Parlaments die nationalen Parlamente darüber abstimmen.

Viele Bedenken beziehen sich auf ein Investitionsschutzabkommen mit Schiedsgerichten in den Freihandelsabkommen. Die Einbeziehung solcher Abkommen mit Schiedsgerichten zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen halte ich für unnötig. Generell ist eine ordentliche Gerichtsbarkeit einem Schiedsgericht zumindest als letzte Instanz vorzuziehen.

In CETA ist in seiner jetzigen Form ein Investorenschutzabkommen mit einem Investor-Staat-Schiedsverfahren enthalten. Die zentrale Frage, die auch so viele Menschen beschäftigt ist, warum – wenn es einer internationalen Gerichtsbarkeit aufgrund rechtsstaatlicher Probleme in einigen Ländern der EU bedarf – nicht der Weg einer ordentlichen internationalen Gerichtsbarkeit (mit Richtern aus der EU und Kanada) gewählt wird oder zumindest nicht eine solche als zweite Instanz vorgesehen ist. Es ist deshalb gut, dass die SPD in Europa weiterhin auf der Suche nach Bündnispartnern innerhalb der Europäischen Union für entsprechende Nachbesserungen in CETA ist. Das gilt für die verantwortlichen Minister in der Bundesregierung, unsere SPD-Europaabgeordneten und für uns als Bundestagsfraktion. Wir wollen die uns zur Verfügung stehende Zeit nutzen.

Ob ein Investitionsschutzkapitel mit Schiedsgerichten Gegenstand von TTIP sein wird, ist derzeit völlig offen. Die Bundesregierung ist nach wie vor der Auffassung, dass das nicht erforderlich und auch nicht sinnvoll ist. Auch die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben der Kommission klar gemacht, dass sie in einem Freihandelsabkommen mit den USA keine Schiedsverfahren wollen.

Der Vertragstext von CETA wird Mitte 2015 in deutscher Sprache vorliegen. Passend zu dieser Veröffentlichung werde ich am 16. Juli kommenden Jahres eine Veranstaltung im Wahlkreis zu CETA und TTIP machen. Als kompetenter Experte wird unser Europaabgeordnete Peter Simon dabei sein.



Girls' Day 2015 im Deutschen Bundestag

Am Donnerstag, den 23. April 2015, findet bundesweit wieder der Girls' Day statt. Bei diesem können sich Mädchen im Rahmen eines eintägigen Praktikums über zahlreiche Berufe informieren. Über die SPD-Bundestagsfraktion erhalten beim nächsten Girls' Day auch wieder 70 Mädchen aus ganz Deutschland die Möglichkeit, den Bundestag in Berlin kennenzulernen, mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen und durch die Teilnahme am Planspiel „Politik-Parcours“ auch im kommenden Jahr die Möglichkeit zu erfahren, wie Gesetze gemacht werden. Auch ich lade auf eigene Kosten ein Mädchen aus dem Wahlkreis zur Teilnahme am Girls' Day nach Berlin ein.

Mädchen, die gerne am Girls' Day teilnehmen möchten und mindestens 14 Jahre alt sind, können sich bis Freitag, 9. Januar 2015, in meinem Wahlkreisbüro melden. Neben ihren persönlichen Daten (Adresse, Alter, Schule, Klassenstufe) sollten die an der Teilnahme Interessierten auch in wenigen Worten erläutern, warum sie gerne den Politikbetrieb in Berlin kennenlernen möchten. Macht gerne auf diese tolle Möglichkeit in Eurem Freundes- und Bekanntenkreis aufmerksam!



Weitere Informationen finden sich hier: <http://www.saskiaesken.de/aktuelle-artikel/saskia-esken-laedt-zum-girls-day-nach-berlin-ein>

*** EINLADUNG ***

19. Januar um 18 Uhr im Kurhaus Freudenstadt

**Für eine gute
und menschenwürdige Pflege**

Sozialministerin Katrin Altpeter und Saskia Esken, MdB



Ministerin Katrin Altpeter zu Gast in Freudenstadt

Ich freue mich sehr, dass am Montag, 19. Januar 2015, die baden-württembergische Sozialministerin Katrin Altpeter auf meine Einladung hin in den Wahlkreis kommt, um uns über die gesetzlichen Neuerungen im Bereich Pflege zu informieren.

Bei einer öffentlichen Veranstaltung im Kurhaus Freudenstadt besteht für alle Betroffenen und Angehörigen sowie Pflegekräfte und alle anderen Interessierten die Möglichkeit, an der Veranstaltung teilzunehmen. Katrin Altpeter und ich werden von 18 Uhr an nicht nur über die jüngsten Gesetzesänderungen informieren und die daraus resultierenden Auswirkungen erläutern. Wir werden mit einer Reihe von Gesprächspartnern in einer Podiumsdiskussion auch über die Neuerungen diskutieren und zudem auf Fragen der Veranstaltungsteilnehmer eingehen.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine Anmeldung zur Teilnahme bis zum 16. Januar 2015 per Mail an saskia.esken@bundestag.de.

Dass sich die Koalitionsfraktionen auf gemeinsame Änderungen am Gesetzentwurf der Bundesregierung zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verständigt haben, freut mich außerordentlich. Damit schaffen wir eine bessere finanzielle Absicherung für Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen, mehr Sicherheit und mehr Flexibilität. Denn immer mehr Pflegebedürftige werden zuhause von ihren Angehörigen gepflegt. Und dieses Engagement soll bestmöglich unterstützt werden. Wir führen daher ein Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung ein. Als zweite Säule wird die Möglichkeit auf Förderung durch ein zinsloses Darlehen zur besseren Absicherung des Lebensunterhalts geschaffen. Dazu kommt die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit in Betrieben mit mehr als 25 Beschäftigten.

Herzliche Grüße

Eure

<p>Abgeordnetenbüro Berlin Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030-227-75205</p>	<p>Wahlkreisbüro Turmstraße 18 72202 Nagold Tel.: 07452-929999-1</p>	<p>E-Mail: saskia.esken@bundestag.de www.saskiaesken.de facebook.de/eskensaskia twitter.com/eskensaskia</p>
---	---	--